bemerkte sodann, während der Amtszeit der Regierung sei der Völkerbund an Stärke und Festigkeit gewachsen.

Kein Land habe praktisch so sehr gezeigt wie England, wie tief und ernst es in der Frage der Abrüstung fühle. England habe Mannschaften und Schiffe beträchtlich unter die Höhe des Jahres 1914 herabgesetzt. Die britischen Anstrengungen in Genf, die Größe der Schiffe und Geschütze herabzusetzen, hätten einen Wettbewerb in Rüstungen verhindert. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte der Premierminister, daß es das Ziel der Regierung sei, alles zu tun, was sie tun kann, um auf das Volk dabei einzuwirken, an erste Stelle britische Waren, an zweiter Stelle Reichswaren und an letzter Stelle Auslandswaren zu kaufen.

Briands Antwort an Amerika.

Ungünstiger Eindruck.

In Washington wurde die Antwort Briands auf den Friedenspaktvorschlag Kelloggs überreicht. In dieser Antwort wird betont, daß grundsätzlich Frankreich mit einer Ausdehnung des Paktes auch auf andere europäische Staaten als Frankreich einverstanden sei. Eine weitgehende Einschränkung des Kelloggschen Vorschlages auf Ächtung jeden Krieges wird aber dadurch vorgeschlagen, daß Briand als „Ergänzung" vorschlägt, jeden „Angriffskrieg" als Mittel der nationalen Politik und nicht den Krieg schlechthin als außer dem Gesetz stehend zu erklären. Maßnahmen abwehrender Natur sollen von der Ächtung ausgeschlossen bleiben.

Der erste Eindruck dieser Erklärung in Washington soll nicht günstig gewesen sein. Das Staatsdepartement betonte zwar, daß es noch nicht genügend Zeit für ein gründliches Studium der ganzen Note gefunden hätte, immerhin habe die Zeit aber genügt, um festzustellen, daß die Änderung des Wortes „Krieg" in „Angriffskrieg" die ganze Grundlage der Verhandlungen verschoben hat. Briand habe damit seinen ursprünglichen Plan, der auf die Gesetzloserklärung jeden Krieges hinausläuft, verlassen und neue Überlegungen auf amerikanischer Seite notwendig gemacht.

Der neue Eisenkonflikt.

Der Arbeitsstreit bei der nordwestlichen Gruppe.

Bei der Ausführung des Schiedsspruches für die nordwestliche Gruppe sind zwischen den Parteien Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob nach dem Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 12. Dezember 1927 auch die zu den Martin- und Elektrostahlwerken gehörenden kalt einsetzenden Walzenstraßen den allgemeinen Aufschub bis zum 31. Januar dieses Jahres erhalten haben. Eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts in Bochum hat dies verneint. Als diese Verfügung aus formalen Gründen aufgehoben werden mußte, haben die Gewerkschaften in einer Reihe von Betrieben die Belegschaften angewiesen, nach Ablauf der im Schiedsspruch vorgesehenen Arbeitszeit die Betriebe zu verlassen. Das Vorgehen der Gewerkschaften veranlaßte die Arbeitgeber, Gegenmaßnahmen ins Auge zu fassen.

Zur Beilegung dieses Streits hatte der Schlichter in Dortmund die Parteien zu einer Aussprache geladen, die in Düsseldorf stattgefunden hat und an der auch ein Vertreter des preußischen Handelsministers und der Schlichter in Köln teilgenommen haben. Die Parteien sind übereingekommen, die strittige Frage dem Reichsarbeitsminister zur Entscheidung zu unterbreiten. Hierüber wird am Dienstag, den 10. Januar, in Berlin verhandelt werden. Bis zum Entscheid des Reichsarbeitsministers, der in kürzester Frist zu erwarten steht, sollen betriebliche Vereinbarungen getroffen werden. Es ist anzunehmen, daß sich bis dahin die Organisationsleitungen jeder Einwirkung auf die Betriebe enthalten werden.

Deutschland und Argentinien.

„Unwandelbare Freundschaft".

Bei dem Essen, das die Reichsregierung dem argentinischen Außenminister Dr. Gallardo gab, entbot Reichspostminister Dr. Schätzel in Vertretung des Reichskanzlers dem Gast die Grüße der Reichsregierung. In seinen Ausführungen wies Dr. Schätzel auf die Wertschätzung hin, die in ganz Deutschland Argentinien entgegengebracht wird. Er sprach ferner den Wunsch aus, daß sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern immer mehr und mehr vertiefen mögen.

In seiner Erwiderung führte der argentinische Minister u. a. aus: „Die unwandelbare Freundschaft, die seitens Deutschlands und Argentiniens immerdar und auch während widriger Momente in unserer Geschichte aufrechterhalten wurde, gründet sich nicht allein auf Interessen wirtschaftlicher Natur, so ausgedehnt diese auch sein mögen, sondern auf ein ausgeprägtes Gefühl gegenseitiger Hochachtung, auf eine innige Wertschätzung all jener Eigenschaften, die den nationalen Charakter der betreffenden Völker bilden. Ich empfinde einen besonderen Stolz und ein Vergnügen, dies zu erklären." Schließlich betonte der Minister, daß für die überschüssigen Arbeitskräfte Deutschlands kein Land bessere Aussichten biete als Argentinien.

Gegen polnische Fleischeinfuhr.

Dr. Steiger über die Viehseuchengefahr.

Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte im weiteren im preußischen Landwirtschaftsministerium vor der Versammlung von Zeitungsvertretern, daß er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Zulassung der Einfuhr oder Durchfuhr lebenden Viehes aus Polen in dem zur Verhandlung stehenden Handelsvertrage wende. Ebenso sprach er sich dagegen aus, daß polnisches Fleisch zum freihändigen Vertrieb in Deutschland käme. Fleisch aus Polen dürfe lediglich in bestimmte Konservenfabriken wandern, bei denen durch entsprechende Abwässervorrichtungen die Verschleppung von Seuchen ausgeschlossen sei.

Er begründete diese Ablehnung der polnischen Wünsche, die zum Teil ihren Grund in der Abkürzung des Transportweges nach der Tschechoslowakei über Schlesien haben, damit, daß durch das polnische Vieh bzw. Fleisch die Gefahr der Verseuchung nicht nur Preußens, sondern überhaupt Norddeutschlands im gefährlichsten Maße gegeben wäre. An den gegenwärtigen veterinärpolizeilichen Bestimmungen dürfe unter gar keinen Umständen auch nur in geringstem Maße eine Änderung vorgenommen werden, wenn nicht die schwersten Gefahren für die ganze deutsche Volkserhaltung heraufbeschworen werden sollten. Insbesondere würde ein Entgegenkommen bei den veterinärpolizeilichen Bestimmungen die Existenzfähigkeit der Siedlung aufs Spiel setzen.

Die neue Unwetterkatastrophe.

Stürme und Überschwemmungen.

Das Hochwasser in England hat allein in London 20 Opfer gefordert. Die Themse trat des Nachts so plötzlich über ihre Ufer, daß vielfach Schläfer vom Wasser überrascht wurden. In einer Länge von fünfzehn Metern ist bei Westminster die Ufermauer zusammengebrochen, und die Flut ergoß sich mit unheimlicher Geschwindigkeit in die tiefer gelegenen Straßen. Furchtbare Szenen folgten. Frauen suchten ihre Kinder und Todesschreie der Ertrinkenden erfüllten die Luft. Hunderte von Familien sind ohne Obdach.

Viele, die ihre Wohnung durch den Hauseingang nicht mehr verlassen konnten, machten sich Stricke aus Bettwäsche, an denen sie sich hinunterließen. Man hatte in aller Eile Kähne herbeigeholt, und berittene Polizisten brachten die Bewohner auf den Rücken ihrer Pferde in Sicherheit.

Dauerregen in Deutschland.

In Deutschland prasselte ein Dauerregen hernieder. Aus Mitteldeutschland werden schwere Sturmschäden gemeldet, so u. a. aus Trotha, Dittersdorf und Penig. Auf dem Bahnhof Dingelstedt gerieten leere Güterwagen durch den orkanartigen Sturm in Bewegung und entgleisten schließlich.

Orkan in Prag und in Budapest.

Bei starker westlicher Luftbewegung traten im ganzen Gebiet der Tschechischen Republik Schneegestöber auf. Durch den Sturm, der in Prag wütete, wurden in einigen Bezirken Dächer beschädigt, Schornsteine umgeworfen sowie Sportplätze, Gärten und Parkanlagen verwüstet.

In Budapest setzte ein orkanartiger Sturm ein. Zahlreiche Personen wurden zu Boden geschleudert, andere erlitten durch weggerissene Firmentafeln, Dachziegel und zertrümmerte Fensterscheiben Verletzungen.

Lawinenunglück in den Alpen.

Drei Herren wurden 15 Minuten von der Ulmer Hütte entfernt von einer niedergehenden Lawine überrascht. Einer blieb noch außerhalb der Lawine, der zweite konnte sofort gerettet werden, während der dritte nicht gefunden werden konnte. Eine Rettungsexpedition von 50 Mann ist von Stuben aus zur Hilfe abgegangen. Die Lawine ist acht Meter tief und einige hundert Meter breit. — Eine Münchener Skifahrergesellschaft unternahm trotz ausdrücklicher Warnung ohne Führer eine Skipartie an den Zürser See. Sie traten eine Lawine los, die alle drei verschüttete. Obwohl rasch Hilfe am Unfallort erschienen war, konnten alle drei nur noch als Leichen geborgen werden.

London unter Wasser.

Siebzehn Personen ertrunken.

Die englische Hauptstadt ist von einer Überschwemmungskatastrophe betroffen worden. Der gewaltige Sturm hat eine Flutwelle erzeugt, die große Teile Londons unter Wasser setzte. Die Themse trat bei Westminster über ihre Ufer. Das Wasser flutete plötzlich durch die Straßen und machte jeden Verkehr unmöglich. Bis zum Parlament drangen die Wasserfluten vor und überschwemmten die Terrassen.

Zahlreiche Straßenbahnen waren plötzlich vom Wasser umgeben und konnten ihre Fahrt nicht fortsetzen. Bei der Westminsterbrücke hat sich ein großer See gebildet, über den man nur mit Wasserfahrzeugen verkehren kann.

Nach den letzten Berichten rechnet man damit, daß mindestens 17 Personen, darunter auch vier Kinder, in Kellerwohnungen ertrunken sind. Zwölf der Ertrunkenen konnten bereits geborgen werden. Der Grund für die furchtbare Katastrophe ist der, daß die am Embarkment in Westminster sich entlangziehenden, etwa einen Meter hohen Steinmauern dem gewaltigen Druck der Wassermassen nicht mehr standhalten konnten und plötzlich in etwa fünfzig Meter Breite auseinanderbrachen.

Die geheimnisvollen Maschinengewehre.

Anrufung des Völkerbundes.

Die polnische Regierung hat der rumänischen Regierung mitgeteilt, daß keinerlei Rüstungsmaterial bestellt und weder von den polnischen Behörden noch von Privaten in Polen erwartet worden sei. Es sei somit festgestellt, daß die Maschinengewehre für Ungarn bestimmt wären. Aus Ungarn erfährt man, daß die an der österreichisch-ungarischen Grenze angehaltene Sendung 1200 Maschinengewehrteile aus härtestem Stahl umfaßte. In rumänischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Absicht der ungarischen Regierung, die aus Italien stammenden Waren öffentlich versteigern zu lassen, eine Ausflucht bedeute, mit deren Hilfe sich Ungarn durch Mittelspersonen in den Besitz des erbeuteten Materials setzen wolle.

Die Kleinen-Entente-Staaten sollen angeblich baldigst dem Generalsekretariat des Völkerbundes eine gemeinsame Note überreichen wollen, in der sie ersuchen, eine Untersuchungskommission in Angelegenheit des aufgedeckten Waffenschmuggels einzuleiten.

Millionenbeschlagnahme bei der Pariser Sowjetvertretung.

Gerichtliches Vorgehen.

Der Vorsitzende des Handelsgerichts des Seinedepartements hat einen von etwa 30 Pariser Banken und Kreditinstituten gestellten Antrag auf gerichtliche Beschlagnahme bis zum Betrage von 20 Millionen gegen die Handelsvertretung der Sowjetunion genehmigt.

Das Naphthasyndikat, das Handelsorgan der Sowjetunion, hatte der in Barcelona befindlichen spanischen Gesellschaft Banca Arnus das Einfuhr- und Verkaufsmonopol für kaukasisches Petroleum in ganz Spanien abgetreten. Trotz einer obligatorischen Schiedsgerichtsklausel im Falle eines Streitfalls kündigten die Sowjets diesen Vertrag, verhandelten mit einer anderen spanischen Gesellschaft und teilten dieser Petroleumschiffe zu, die schon von der Banca Arnus geladen worden waren. Da in Spanien keine russische Handelsdelegation besteht und die russischen Guthaben dort zu gering waren, erfolgte die Klage in Paris.

Kleine Nachrichten

Festsitzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

In der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft fand eine Festsitzung statt, die der Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens gewidmet war. Den äußeren Anlaß zur Veranstaltung dieser Feier boten dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, verschiedene Ereignisse. Zunächst wurde eine Büste des früheren preußischen Eisenbahnministers Exz. Dr. von Breitenbach aufgestellt, der von 1906 bis 1918 Minister der Öffentlichen Arbeiten in Preußen war. Das bleibende und größte Verdienst seiner Ministertätigkeit ist, ein großzügiges zehnjähriges Bauprogramm für den Ausbau des preußischen Staatsbahnnetzes aufgestellt zu haben.

Geheimrat Felix Schwabach †.

Berlin. Nach schwerer Krankheit ist der Geheime Regierungsrat a. D. Felix Schwabach gestorben. Er war von 1912 bis 1918 nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für den ostpreußischen Wahlkreis Memel-Heydekrug.

Abreise Dr. Gallardos.

Berlin. Der argentinische Minister des Äußern, Dr. Gallardo, hat Berlin wieder verlassen, um sich zunächst nach Bonn zu begeben. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnsteig der hiesige argentinische Gesandte mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft, der brasilianische Gesandte und deutscherseits der Chef des Protokolls Gesandter Köster, Geheimrat Bobrick und Legationsrat Graf Tattenbach eingefunden. Vordem hatte die Berliner Industrie- undd Handelskammer dem argentinischen Minister zu Ehren ein Frühstück gegeben.

Großhandelsindexziffer vom 4. Januar.

Berlin. Die auf den Stichtag des 4. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 139,4 (Vorwoche 139,2).

Keine Einigung im Wurmrevier.

Aachen. Die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geführten Verhandlungen über das zum 31. Januar angekündigte Arbeitszeitabkommen für den Aachener Steinkohlenbergbau sind ergebnislos verlaufen.

Autounfall eines holländischen Ministers.

Amsterdam. Ein Auto, in dem sich der Minister für Öffentliche Arbeiten van der Vegte befand, stieß auf der Rotterdamer Chaussee bei Delft in voller Fahrt mit einem Kraftwagen, der auf der Rückseite keine Laterne führte, zusammen. Das Auto des Ministers wurde vollkommen zertrümmert. Der Minister und sein Chauffeur blieben wie durch ein Wunder unverletzt.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 9. Januar 1928.

Merkblatt für den 10. Januar.

Sonnenaufgang	8^{01}	Mondaufgang	19^{34}
Sonnenuntergang	16^{12}	Monduntergang	10^{24}

1858 Heinrich Zille, Karikaturenzeichner, geb.

•

Luftfahrt und Jugend.

Der Deutsche Luftfahrtverband e. V., Berlin W. 35, Blumeshof 17, der nach dem auf Grund der Pariser Luftfahrtvereinbarungen vom Mai 1926 erfolgten Verbot finanzieller Unterstützung des Flugsports durch Reich, Länder und Kommunen die Aufrechterhaltung des Flugsports mit privaten Mitteln übernahm, ist mit einer umfangreichen „Denkschrift über die Jugendfliegerausbildung" an sämtliche interessierten Stellen herangetreten. In dem Vorwort des ersten Vorsitzenden des D. L. V., des Staatsministers a. D. Dominicus, wird auf die dringende Pflicht und Notwendigkeit hingewiesen, trotz aller Schwierigkeiten einen Fliegernachwuchs für den Flugsport, den Pionier des Verkehrs und der Wirtschaft, heranzubilden. Zu diesem Zwecke stehen dem D. L. V. die Flugschulen Würzburg und Böblingen zur Verfügung, welche von der gemeinnützigen Deutschen Luftfahrt G. m. b. H. betrieben werden. Um diesen Schulen, die im Jahre 1927 etwa 100 Flugschüler ausbilden konnten, aus dem Riesenreservoir unserer flugbegeisterten Jugend nur die körperlich, geistig und moralisch Besten zuzuführen, werden überall im Deutschen Reich, an den verschiedensten Orten, Jungfliegerkurse eingerichtet, in denen die zukünftigen Schüler der Fliegerschulen des D. L. V. theoretisch vorgeschult und für die praktische Ausbildung ausgesiebt werden. Die „Richtlinien" für die Ausbildung sind von dem Luftfahrtverein Essen auf Grund reicher Erfahrungen zusammengestellt worden und bürgen für eine gründliche theoretische und praktische Vorbildung, die unter Anleitung bester Fachlehrkräfte stattfinden wird.

In ernster Arbeit sollen die Kursusteilnehmer in alle Gebiete des Wissens und Könnens der Luftfahrt eingeführt, auf die Anforderungen der mannigfaltigen Berufe im Flugwesen hingewiesen und zu leistungsfähigen und verantwortungsbewußten Beflissenen des Flugsportes erzogen werden. Die Dauer der Kurse beträgt etwa zwei Semester bei wöchentlich drei bis vier Lehrstunden. Vorbedingung zur Teilnahme ist die Vollendung des 16. Lebensjahres. Neben der theoretischen Unterrichtung läuft die praktische Ausbildung, die aus Flugmodellbau, Motorwartung und -bedienung und schließlich Segelflugschulung besteht.

•

Tischler-Zwangsinnung Wilsdruff. Am 7. Januar nachmittags 6 Uhr hielt die Tischler-Zwangsinnung ihre, das Jahr 1927 abschließende Hauptversammlung im „Adler" ab. Eingangs begrüßte Obermeister Robert Geißler die zahlreich erschienenen Kollegen mit herzlichen Neujahrswünschen. Insbesondere gilt sein Gruß Herrn Geschäftsführer Lindner vom „Verband sächsischer Tischler-Innungen". Nach Verlesen der Niederschrift einer vorangegangenen Vorstandssitzung nimmt man Kenntnis von der Zusammensetzung des Gesamtinnungsvorstandes, der besteht aus den Kollegen Robert Geißler, Obermeister, Emil Hauptvogel-Kesselsdorf, stellv. Obermeister, Paul Christmann, Kassierer, Adolf Schlichenmaier und Arthur Seifert, Schriftführer. Herr Obermeister Geißler berichtet über den von einem auswärtigen Fachlehrer dieser Tage stattgefundenen Beiz- und Polierkursus und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck. Er berichtet ferner über öftere Fühlungnahme mit der Berufsschule, aus der sich das Zusammengehen von Werkstatt und Schule immer gedeihlicher entwickeln soll und gibt Beachtenswertes über den neuen Abzug vom

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF